

Aus dem hohlen Bauch

Wie Bischöfe im Ausland sparen / Von Daniel Deckers

FRANKFURT, 20. Januar. Gut sechs Milliarden Euro nahmen die 27 katholischen Bistümer in Deutschland im Jahr 2015 an Kirchensteuern ein – mehr als jemals zuvor. Rund 120 Millionen Euro oder nicht einmal zwei Prozent dieser Summe überwiesen sie an einen Rechtsträger, der sich „Verband der Diözesen Deutschlands“ (VDD) nennt. Dessen Etat wird im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) aufgestellt und jährlich von den Diözesanbischöfen verabschiedet. Aus ihm werden alle jene Aufgaben finanziert, für die nicht einzelne Diözesen geradestehen müssen, sondern die die katholische Kirche in Deutschland als Ganzes angehen.

Die Spannweite dieser Aufgaben ist ebenso groß wie die Beträge, die dafür jeweils aufgewendet werden. Den größten Teil der VDD-Mittel erhalten traditionell die kirchlichen Hilfswerke, im laufenden Haushaltsjahr etwa 44 Millionen Euro. Am unteren Ende der Tabelle stehen Haushaltsposten wie 30 000 Euro für einen „Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ oder 12 000 Euro Zuschüsse für ein China-Zentrum.

Einer der größten Einzelposten mit 4,9 Millionen Euro ist das „Katholische Auslandssekretariat der Deutschen Bischofskonferenz“. Dieser Betrag dient im Wesentlichen dazu, Geistliche, manchmal aber auch Lientheologen, auf Zeit in eine von insgesamt 120 deutschsprachigen Gemeinden irgendwo in der Welt zu entsenden. In Hauptstädten, Wirtschaftsmetropolen oder Touristenzentren sind sie für alle da, die im Ausland für immer oder auch nur auf Zeit eine neue Heimat gefunden haben. Das Spektrum der Gemeindemitglieder wie der Zaungäste ist so bunt wie das Leben: Mitarbeiter deutscher Unternehmen und Freiwillige, Botschaftsangehörige und Auswanderer, Lehrer an deutschen Schulen und Durchreisende. Die katholische Gemeinde ist – oft zusammen mit einer evangelischen Gemeinde – ein Dreh- und Angelpunkt des Lebens in der Fremde. Doch nicht mehr lange, jedenfalls längst nicht mehr überall. Vor gut zehn Jahren gelangten die Bischöfe zu der Meinung, der Haushalt des VDD sei überdimensioniert und müsse schrumpfen. Die größten Haushaltsansätze – Zuschüsse an Hilfswerke, aber auch an den Deutschen Caritas-Verband – sinken mittlerweile um zwei Prozent im Jahr. Damit nicht genug. Im Oktober 2015 konstituierte sich auf Beschluss der Vollversammlung der Bischofskonferenz eine „Arbeitsgruppe VDD-Haushalt“: vier Bischöfe, drei Generalvikare, ein

Finanzdirektor, eine externe Beraterin. Diese Gruppe machte sich daran, jeden einzelnen Haushaltsposten nach einem dreiteiligen Schema zu bewerten. A hieß förderwürdig, C Zuwendung einstellen oder auslaufen lassen, B nach Anpassung förderwürdig. Das Gütesiegel A erhielten die wenigsten Etatansätze, etwa die 4,7 Millionen Euro für die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) oder das Bischöfliche Cusanuswerk (945 000 Euro). Unter C fanden sich so unterschiedliche Dinge wieder wie Zuschüsse für die Katholische Friedensbewegung Pax Christi (60 000 Euro), die Katholische Elternschaft (122 000 Euro) oder auch die 450 000 Euro Zuwendungen an die Diaspora-Diözesen im Norden und Osten Deutschlands. Der Etat für das Auslandssekretariat wurde – wie die meisten Haushaltsposten – der Gruppe B zugeordnet. Doch nicht nur das: Für das Haushaltsjahr 2018 wurde er vorsehend von 4,9 auf 2,5 Millionen Euro gekürzt. Die Kommission war zufrieden, der Verwaltungsrat des VDD auch: Sparziel erreicht.

Inzwischen ist man in den Bischofshäusern von Hamburg bis Passau und von Aachen bis Görlitz nicht mehr ganz so glücklich wie noch im Herbst. Denn an den rund 120 Standorten des Auslandssekretariats, davon etwa 60 mit hauptamtlichen Seelsorgern und Seelsorgerinnen, fragen sich viele Gläubige, was sich die Bischöfe bei ihrem Beschluss gedacht haben. Auch Diplomaten und Wirtschaftsvertreter in aller Welt rätseln, was wohl in die deutschen Bischöfe gefahren ist, sind doch viele Gemeinden nicht nur Orte der Seelsorge, sondern auch Brückenköpfe in die jeweiligen Gesellschaften.

Aus dieser Sorge heraus hat sich nach Informationen dieser Zeitung der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Stephan Steinlein schon im vergangenen November an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, gewandt. Mittlerweile, so der Sprecher von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), befindet sich auch die „Leitungsebene“ im Dialog mit Verantwortlichen auf kirchlicher Seite. Doch der politische Flurschaden ist längst angerichtet. Als ein knappes Dutzend Bistümer im Jahr 2013 die in ihrem Besitz befindliche Weltbild-Verlagsgruppe sehenden Auges in die Insolvenz schlittern ließ, hatte Marx, damals noch nicht DBK-Vorsitzender, selbstkritisch von „organisierter Unverantwortlichkeit“ gesprochen. Gelernt haben die Bischöfe und das von Pater Hans Langendörfer SJ geleitete Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz aus solchen Fällen offenbar nichts.

Wie diese Zeitung erfuhr, ging der Halbierung des Etatansatzes für die katholische Auslandsseelsorge nichts voraus, was einer Auswertung dieses Arbeitsfeldes nahegekommen wäre. Kein externes Gutachten, keine umfassende Evaluation, nicht einmal eine Tischvorlage. Entschieden wurde „aus dem hohlen Bauch“, wie es im Umfeld der Deutschen Bischofskonferenz heißt. Daher ist

nicht ersichtlich, nach welchen Kriterien was und warum eingespart werden soll. Im Gespräch sind „nur“ Standorte – aber viele mit hoher symbolischer und politischer Bedeutung. Zur Disposition stehen Kairo und Abu Dhabi, aber auch Tokio, Delhi und Hongkong sowie Warschau und das „Zentrum für Gebet und Dialog“ in Auschwitz.

Klar ist nur, welcher Bischof als „Beauftragter“ für die deutschsprachige Seelsorge im Ausland die Einschnitte vornehmen muss. Es ist nicht mehr der Erzbischof von Berlin, Heiner Koch. Er hatte diese Aufgabe als Kölner Weihbischof im Jahr 2011 übernommen und war 2015 als Erzbischof das ranghöchste Mitglied der Arbeitsgruppe „VDD-Haushalt“ – und hat nach Informationen dieser Zeitung die drastische Kürzung des Etats selbst ins Spiel gebracht. Gleichzeitig warb er bei den anderen Bischöfen um finanzielle Unterstützung des Umbaus der Berliner St.-Hedwig-Kathedrale. Als die Sparvorschläge am 20. Juni 2016 allen Bischöfen vorgestellt wurden, zeichnete sich jedoch ab, dass Koch diese nicht mehr selbst ausführen müsste, sondern ein anderer von September an die Verantwortung für die Auslandsseelsorge tragen würde. Nun muss der Paderborner Weihbischof Matthias König den Scherbenhaufen zusammenkehren, den sein Vorgänger angerichtet hat. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen. Am Montag treffen sich die Diözesanbischöfe in Würzburg turnusmäßig zu ihrem „Ständigen Rat“. Dort dürften die Proteste gerade aus dem politischen Raum nochmals Wirkung entfalten. An einem Ort sind unterdessen schon Fakten geschaffen worden. Die Auslandsgemeinde in Istanbul wurde im Dezember geschlossen. Dieser Schritt war in den vergangenen zehn Jahren immer wieder erwogen, aber aus politischen Überlegungen immer wieder vertagt worden. Unter seelsorglichen Gesichtspunkten erscheint die Schließung vertretbar, da auch die katholische Kirche in Österreich eine Pfarrstelle in Istanbul unterhält. Dass es aber gerade in diesen Zeiten bessere politische Gründe denn je geben könnte, die kirchliche Präsenz in der Türkei nicht zu verringern, fiel für die Bischöfe nicht ins Gewicht.